

Autor: Alexander Dick [adi/51-16372873]

Seite: 13 bis 13

Ressort: Kultur

Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2018

Auflage: 10.607 (gedruckt) 10.003 (verkauft)
10.122 (verbreitet)

Reichweite: 0,031 (in Mio.)

Les Siècles

Neues in scheinbar Bekanntem

François-Xavier Roth und sein Originalklang-Ensemble Les Siècles schaffen es einmal mehr: Neues in scheinbar Bekanntem zu entdecken. In seiner zweiten Ravel-CD mit dem Orchester entführt der Kölner Generalmusikdirektor und letzte Chef des einstigen SWR-Sinfonieorchesters mit der Ballettmusik „Ma mère l'Oye“ in eine Welt luzider, fragiler Klänge. Selbst die Schluss-Apoptheose, in der sich der Komponist raffi-

niert um den Kitschverdacht herumwindet, ist von beispielloser Zartheit, Schönheit und Eleganz. Ravels unvergleichliche Instrumentationskunst ist das eine, aber das mit dem Instrumentarium des frühen 20. Jahrhunderts spielende Orchester und der Dirigent, der den esprit français in sich trägt, sind unvergleichliche Botschafter. Im Prélude zu „Le Tombeau de Couperin“ wetteifern die zarten Holzbläser-Girlanden und der

sonore Darmsaiten-Streicherklang um die klassizistische Deutungshoheit. Ravels Reverenz an den französischen Barockmeister – überzeugender kann man sie nicht darbieten. adiMaurice Ravel: Ma mère l'Oye u. a. Les Siècles, F.-X. Roth (Harmonia Mundi).

Fotograf:

-

Ganzseiten-PDF:

51-249346162.pdf

Wörter:

142

Radikaler Modellwechsel?

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE SENDER 1: Sechs Bundesländer legen Reformplan vor / Festes Budget und mehr Eigenverantwortung

In die Debatte um den Rundfunkbeitrag und den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender kommt Bewegung. Wie der in Bonn ansässige Fachdienst „Medienkorrespondenz“ (MK) am Donnerstag berichtet, haben sich sechs Bundesländer auf einen Reformplan für ARD, ZDF und Deutschlandradio verständigt. Demnach haben Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Sachsen und Thüringen ein Gesamtkonzept entwickelt, das die Arbeit der Rundfunkanstalten auf eine neue Basis stellen und einen radikalen Modellwechsel darstellen würde.

Nach MK-Informationen schlägt die Ländergruppe unter anderem vor, den Rundfunkbeitrag künftig in regelmäßigen Abständen auf Basis der jährlichen Inflationsrate anzuhängen. Das heutige System, bei dem eine Expertenkommission (KEF) den Finanzbedarf ermittelt und eine Rundfunkbeitragsgröße für die Dauer von vier Jahren vorschlägt, würde abgeschafft.

Die Sender könnten eigenständig über Einsparungen entscheiden

Außerdem wollen die sechs Länder den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender verändern. Einerseits soll deren inhaltliches Profil geschärft werden, indem sich die Anstalten auf Information, Kultur und Bildung konzentrieren. Zum anderen sollen die Sender künftig zum Teil selbst entscheiden, welche TV- und Radioprogramme sie betreiben. Der Plan soll dem Bericht zufolge am 13. Juni in der Rundfunkkommission in Berlin beraten werden.

Nach den Vorstellungen der Arbeitsgruppe soll der Rundfunkbeitrag bereits ab einer 2019 beginnenden Übergangsphase „indexiert“ werden. Basiswert wäre dabei nicht die aktuelle Beitragshöhe von monatlich 17,50 Euro, sondern von 17,20 Euro. Diese Summe wurde gewählt, weil die Anstalten bis Ende 2020



Beispiel Informationsauftrag: das nationale Fußball-WM-Sendezentrum von ARD und ZDF in Baden-Baden FOTO: DPA

nur diese Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag verwenden dürfen. Die übrigen 30 Cent müssen in eine Rücklage fließen. Dieser Basiswert würde dazu führen, dass zum Jahresanfang 2021 eine Anhebung auf vermutlich 17,86 Euro erfolgen dürfte. Seit Monaten wogt der Streit um den Rundfunkbeitrag. Der KEF-Vorsitzende Heinz Fischer-Heidberger hatte im vergangenen Jahr vorgerechnet, dass der Rundfunkbeitrag ab 2021 um über einen Euro ansteigen werde. Im Januar stellte die KEF fest, dass die von den Sendern Ende September vorgelegten Einsparvorschläge – insgesamt 351,4 Millionen Euro – höchstens zu einem 20 Cent geringeren monatlichen Betrag führten.

Eine Anbindung des Rundfunkbeitrags an die Inflationsrate hätte zur Folge, dass die Länder nicht mehr alle vier Jahre die Höhe des Rundfunkbeitrags beschließen müssten. Die KEF erhielte dann eine andere Funktion: Sie würde zu einem Gre-

mium umgebaut, das untersucht, ob die Anstalten wirtschaftlich mit den Beitragsgeldern umgehen und ob sie ihren Auftrag erfüllen können.

Hintergrund des Reformplans dürfte auch die Befürchtung sein, dass wegen der veränderten politischen Konstellationen in vielen Landtagen künftig die notwendige Einstimmigkeit der Länder zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags nicht mehr möglich sein könnte. Insbesondere die AfD, die in 14 Landtagen vertreten ist, sieht den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisch.

Laut MK sind die sechs Länder der Auffassung, dass ihr Reformmodell „eine funktionsgerechte, staatsferne und planbare Finanzierung“ enthalte. Aus ihrer Sicht habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zeiten von Medienwandel und Fake News eine zentrale Bedeutung, um eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen.

Aus Sicht der Politik hätte das neue Modell auch den Charme, dass die Sender eigenständig über Einsparungen entscheiden müssten. Nach dem Plan der Länder soll im Rundfunkstaatsvertrag für den TV-Bereich künftig nur noch festgelegt werden, dass die ARD ihr Hauptprogramm Das Erste und die Dritten Programme veranstalten muss. Beim ZDF soll nur das Hauptprogramm gesetzt sein. Verpflichtung zu betreiben wären außerdem noch der Kulturkanal Arte und ein mehrere Länder übergreifendes weiteres Kulturprogramm, was heute auf 3sat zutrifft.

Alle übrigen Spartenprogramme – seien sie von ARD und ZDF einzelnen (One, Tagesschau 24, ARD-alpha, ZDFneo, ZDFinfo) oder gemeinsam betrieben (Phoenix, Kinderkanal) – dürften zwar weiter auf Sendung bleiben; allerdings wäre es den Anstalten auch möglich, einzelne Programme einzustellen oder zusammenzulegen. **Christoph Arens (KNA)**

Kampf um die Unabhängigkeit

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE SENDER 2: In Österreich fordert die FPÖ das Gebühren-Aus für den ORF / Eine Medienenquete diskutiert

Der öffentlich-rechtliche Österreichische Rundfunk (ORF) ist in der Alpenrepublik schon lange Ziel von Attacken der rechten FPÖ. Der Koalitionspartner der konservativen ÖVP fordert das Aus der Gebührenfinanzierung für den Sender und droht missliebigen Journalisten schon mal mit Entlassung. Auf Einladung des konservativen Medienministers Gernot Blümel (ÖVP) diskutieren Experten bei einem „Medienenquete 2018“ genannten Treffen seit dem gestrigen Donnerstag zwei Tage lang über die Zukunft der Branche. Die Ausarbeitung eines neuen ORF-Gesetzes steht dabei auf der Agenda. Darüber hinaus soll der gesamte Medienmarkt reformiert werden, vor allem im Hinblick auf die Digitalisierung.

Axel-Springer-Chef Mathias Döpfner nannte dort eine „hysterische Übertreibung“ der politischen Korrektheit als einen Grund für die Schwächung der Demokratie der Mitte und zum Aufstieg der Populisten beigetragen. Es herrschten bei Politik und Medien inzwischen verbreitet Denk- und Sprechverbote, kritisierte Döpfner. Politiker sagten immer öfter nicht mehr das, was sie dächten. Medien beschrieben immer weniger das, was sei, sondern lieber das, was sein sollte. Die Entwicklung habe die Bürger von der Politik entfremdet.

Zur Weiterentwicklung der Medien in der zunehmend von Google und Facebook dominierten digitalen Welt forderte Döpfner die Einführung eines europäischen Leistungsschutzrechts. „Wir brauchen als Kreativwirtschaft den Schutz des



Von der FPÖ attackiert: „Zeit im Bild“-Anchorman Armin Wolf FOTO: DPA

geistigen Eigentums“, sagte Döpfner, der auch Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ist. Mit dem Leistungsschutzrecht wollen Medienunternehmen Ansprüche gegenüber Internet-Giganten wie Google, die Inhalte der Medien nutzen, besser durchsetzen können. Der Springer-Chef forderte Österreich, das demnächst den EU-Ratsvorsitz übernimmt, dringend auf sich für dieses Gesetz stark zu machen.

Der ehemalige ORF-Intendant und jetzige Präsident von Turner International, Gerhard Zeiler, warnte vor der Budgetierung des ORF durch die Regierung. Damit wäre die Unabhängigkeit des Senders bedroht. Die Existenz eines Leitmediums wie des ORF sei aktuell „mit Sicherheit nicht weniger wichtig als vor 20 Jahren“, meinte Zeiler. Zu den Hausaufgaben öf-

fentlich-rechtlicher Sender gehöre nach seiner Erfahrung aber auch, sparsamer und effizienter zu werden. Diese Haltung fordere der Gebührenzahler zunehmend ein, meinte Zeiler. Die zweitägige Medien-Enquete soll Ideen für eine Fortentwicklung der Medienlandschaft in Österreich sammeln. Medienminister Blümel kann sich unter anderem eine stärkere Zusammenarbeit des ORF mit den Privatsektoren vorstellen.

Wichtigste Forderung der FPÖ indes: Der ORF mit seinen rund 4000 Mitarbeitern, der etwa 625 Millionen Euro jährlich an Rundfunkgebühren bekommt, soll künftig über das Budget der Regierung finanziert werden. Der ORF und Beobachter befürchten, der Sender könnte dann stark an Unabhängigkeit verlieren. Die konservative ÖVP von Bundeskanzler Se-

bastian Kurz wünscht sich eine ergebnisoffene Diskussion. Klar sei aber: Eine Zerschlagung des ORF sei kein Thema. Die Privatsender wie die zur Pro7Sat 1-Gruppe gehörenden Puls 4 und ATV hoffen ihrerseits auf bessere Bedingungen.

Für Unruhe im Vorfeld hatte Vizekanzler und FPÖ-Chef, Heinz-Christian Strache, gesorgt. Er attackierte Mitte Februar auf seinem persönlichen Facebook-Profil den Sender und seinen bekanntesten Nachrichtenmoderator Armin Wolf: „Es gibt einen Ort, wo Lügen und Fake News zu Nachrichten werden. Das sind der ORF und das Facebook Profil von Armin Wolf.“ Strache entschuldigte sich bei Wolf, nachdem es eine große Entrüstung gegeben hatte.

Brisant war außerdem die jüngste Wahl des Vorsitzenden des ORF-Stiftungsrates. Die 35 Mitglieder des obersten ORF-Gremiums werden unter anderem von der Regierung, den Parteien und den Bundesländern bestellt. Der Rat wählt den Generaldirektor. In redaktionelle Abläufe darf das Gremium offiziell nicht eingreifen.

Der amtierende ORF-Chef Alexander Wrabetz, der in politischen Angelegenheiten als äußerst biegsam gilt, ist noch bis Ende 2021 bestellt. Ob der als entscheidungsschwach geltende Wiener angesichts des starken Drucks bis dann im Amt bleiben kann, ist offen. Die Pläne der Regierung sehen dem Vernehmen nach künftig einen mehrköpfigen Vorstand statt eines Alleingeschäftsführers vor.

Sandra Walder/Matthias Röder (dpa)

KLASSIK

LES SIÈCLES

Neues in scheinbar Bekanntem

François-Xavier Roth und sein Originalklang-Ensemble Les Siècles schaffen es einmal mehr: Neues in scheinbar Bekanntem zu entdecken. In seiner zweiten Ravel-CD mit dem Orchester entführt der Kölner Generalmusikdirektor und letzte Chef des einstigen SWR-Sinfonieorchesters mit der Ballettmusik „Ma mère l'Oye“ in eine Welt luzider, fragiler Klänge. Selbst die Schluss-Apotheose, in der sich der Komponist raffiniert um den Kitschverdacht herumwindet, ist von beispielloser Zartheit, Schönheit und Eleganz. Ravels unvergleichliche Instrumentationskunst ist das eine, aber das mit dem Instrumentarium des frühen 20. Jahrhunderts spielende Orchester und der Dirigent, der den esprit français in sich trägt, sind unvergleichliche Botschafter. Im Prélude zu „Le Tombeau de Couperin“ wetteifern die zarten Holzbläser-Girlanden und der sonore Darmsaiten-Streicherklang um die klassizistische Deutungshoheit. Ravels Reverenz an den französischen Barockmeister – überzeugender kann man sie nicht darbieten. **adi**

Maurice Ravel: Ma mère l'Oye u. a. Les Siècles, F.-X. Roth (Harmonia Mundi).



NEUE MUSIK

ENSEMBLE AVENTURE

Tönendes Testament

Wenn es so etwas gibt wie eine symbiotische Beziehung zwischen Komponist und Interpret(en), dann waren sie ein Musterbeispiel dafür: Graciela Paraskevaïdis und das Ensemble Aventure. Die 2017 verstorbene uruguayische Komponistin mit griechischen Wurzeln und das Freiburger Neue-Musik-Ensemble verband der spürbare Wille zur musikalischen Entäußerung. Die Porträt-CD, die jetzt bei Wergo erschienen ist, wirkt wie das tönende Testament einer Unbequemten. Ihr Solostück „...il remota silenzio“ (die entfernte Stille) lässt die Komponistin mit einem Aufschrei beginnen, Cellistin Beverley Ellis zeichnet den Weg von massiven Ganztonleitern in die Unhörbarkeit hinein eindrucksvoll nach. Paraskevaïdis' expressive Kunst fußt oft in Repetitionen kurzer Motive, fokussierten Patterns ähnlich, wie auch im Klavierstück „un lado, otro lado“ (eine Seite, andere Seite). Und in massiven Kontrasten, denen Akiko Okabe hier plastische Gestalt verleiht. Maßgeschneidert schließlich auch für das Kollektiv um den Fagottisten Wolfgang Rüdiger: die Ensemblewerke. **adi**

Graciela Paraskevaïdis: Libres en el sonido Ensemble Aventure (Wergo).

